

# Wahlprogramm der FDP-Ahaus zur Kommunalwahl 2009

Die FDP ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft und des Rechtsstaats. Wir setzen auf Innovationen und gute Bildung für alle Menschen. Diese Prinzipien liberaler Politik sind auch auf kommunaler Ebene von herausragender Bedeutung. Die Ahauser FDP steht deshalb für

- Eigenverantwortung und Chancengerechtigkeit,
- Wettbewerb ohne Absprachen und Filz,
- soziale Absicherung, wenn Menschen in Not geraten oder nur eingeschränkt leistungsfähig sind.

Wir wollen eine liberale Bürgergesellschaft in Ahaus. Dazu gehören Bürger, die stolz auf ihre Stadt und bereit zur Eigenverantwortung sind. Dazu gehören Unternehmen, die bei uns investieren können, wollen und dürfen. Dazu gehört auch eine politische Vertretung, die ordnungspolitische Grundsätze nicht dem Machtgeschachere im Rat opfert.

Wir sind FÜR gute Bildung. Denn Ahaus hat vor allem ein großes Potenzial: unsere Kinder. Doch Kinder brauchen guten Unterricht und gute Ausbildung. Guter Unterricht braucht gute Rahmenbedingungen der Stadt als Schulträger: Schulen mit benutzbaren Räumen, gute Verpflegung und individuelle Betreuung.

Wir sind FÜR eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung und für das Fördern und Fordern von Arbeitslosen. Die letzten fünf Jahre CDU- Stadtregierung haben den Aufschwung nicht ausreichend genutzt.

Wir sind FÜR die kommunale Absicherung der Daseinsvorsorge. Wir sind GEGEN ausufernde Stadtwirtschaft, weil sie private Unternehmen und Initiativen verdrängt und Arbeitsplätze vernichtet.

Wir sind GEGEN Geldverschwendung, verschwundene Millionen aus öffentlichen Kassen und gleichzeitig steigende Gebühren aus den Taschen der Bürger. Wir sind FÜR Transparenz und Sparsamkeit, bei der öffentlichen Verwaltung und bei Investitionen. Sinnvolle Projekte unterstützen wir, prestigeesüchtige Leuchttürme lehnen wir ab. Und wir geben der Förderung ehrenamtlicher Initiativen Vorrang: Nicht jedes Problem bedarf gleich einer städtischen Planstelle.

Wir Liberale leben gerne in Ahaus – aber wir wollen beweisen, dass unsere Stadt besser sein kann. In der vergangenen Wahlperiode reichte unsere Stärke im Rat zwar nicht dazu aus, falsche Entscheidungen zu verhindern. Aber wir haben immer wieder Fehler und Filz öffentlich gemacht und so demokratische Kontrolle erst ermöglicht. Und wir haben Verantwortung bei zentralen Zukunftsentscheidungen übernommen.

Wir brauchen einen Politikwechsel mit einer starken liberalen Handschrift!

# 1. Für zukunftsorientierte Arbeitsplätze

Wirtschaftsstandort Ahaus

Jeder Arbeitnehmer und jeder Unternehmer, der mit seiner täglichen Arbeit den Unterhalt für sich, seine Familie und über Steuern und Abgaben für sozial Benachteiligte sichert, schafft Wohlstand und Sicherheit für alle. Sozialpolitik soll die Menschen zu mehr Teilhabe befähigen und Sicherheit vor großen Lebensrisiken schaffen. Wir Liberale wissen, dass eine staatliche Absicherung des Existenzminimums notwendig ist. Jeder kann in eine Situation geraten, in der er ohne Unterstützung nicht mehr weiter kann. Bequemlichkeit honorieren wir nicht. Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, allen Bürgern selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln zu ermöglichen.

**Wir wollen:**

- ein gutes Image für Ahaus.** Nur attraktive moderne Standorte haben die Chance, im Wettbewerb der Städte mitzuhalten, auch durch geeignete Werbemaßnahmen „Pro Standort“.
- die Ahauser Industrie aktiv unterstützen** und insbesondere für bestehende Unternehmen städtische Rahmenbedingungen (z.B. Infrastruktur) optimieren. Zudem muss sich die Stadt für neue Industrieansiedlungen interessant machen.
- das Handwerk als wichtigen Garanten für Beschäftigung und Ausbildung stärken.** Verwaltung und Wirtschaftsförderung müssen hierfür geeignete Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören neben der Ausweisung geeigneter Gewerbeflächen die Unterstützung bei der Umsetzung von Förderprogrammen zur Gebäudesanierung und bei Infrastrukturmaßnahmen, Angebote zur engeren Verzahnung von schulischer und betrieblicher Ausbildung sowie der Abbau von Bürokratie.
- die Wirtschaftsförderung konsequent auf das konzentrieren, was ihre Aufgabe ist:** die Förderung der bestehenden Unternehmen, Unternehmen bei Bürokratie zu unterstützen, Standortwerbung und Stadtmarketing zu betreiben, Ansprechpartner für Neuansiedlungen sein, bei städtebaulichen Entwicklungen das Sprachrohr der Wirtschaft zu sein. Andere kommunale Aufgaben sind bei den originären Stellen anzusiedeln. Dies muss sich auch in der Strategie des Eigenbetriebs widerspiegeln. Auch dieser Eigenbetrieb ist als Teil der Verwaltung regelmäßig auf seine Effizienz zu durchleuchten. Die stärkere Anbindung an die Wirtschaft ist zu prüfen.
- eine Überprüfung der Erweiterung des zentralen Versorgungsgebietes des Ortsteils Ottenstein.** Im Ortsteil Ottenstein besteht ein Fehlbedarf an Verkaufsfläche im Bereich Lebensmittel. Ein bestehender Markt mit ca. 400 qm Verkaufsfläche ist für einen Ort mit fast 4000 Einwohnern nicht ausreichend und nicht zukunftsorientiert. Wenn man die Kaufkraft an den Ort binden will, muss man zuerst wettbewerbsfähig werden, dann wettbewerbsfähig sein und zum guten Schluss wettbewerbsfähig bleiben. Wir stehen deshalb für die Erweiterung des zentralen Versorgungsgebietes des Ortsteils Ottenstein unter Einbeziehung des Standortes Textilstraße/Decker und der durch die Verwaltung vorgeschlagenen Alternativen ein. Wir sollten als Wirtschaftsförderer fungieren - nicht als Wirtschaftsverhinderer.

☒ **die Erhaltung des ehemaligen Finanzamtsgebäudes.** Einen Abriss dieses innerstädtischen Verwaltungsensembles zugunsten eines großen Einkaufcenters -nicht funktionierende Beispiele dieser Art gibt es bereits in hinreichender Zahl- können wir uns nicht vorstellen. Was wir uns sehr wohl vorstellen können, ist ein behutsamer Umgang mit der vorhandenen Bausubstanz und eine behutsame Erweiterung um die Stadtbücherei, vielleicht ein Stadtcafe' oder eine adäquate Gastronomie an dieser Stelle, um den leblosen, kalt wirkenden Rathausplatz mit Leben zu füllen bzw. zu beleben. Eine Geschäfts- und Gastronomiepassage mit kleinteiliger Substanz sowie die Verlegung der VHS in die Innenstadt wären aus unserer Sicht ebenfalls denkbar.

## 2. Für eine bürgergerechte Stadtentwicklung und Verkehrspolitik

Ahaus steht wie viele andere Städte vor einem demografischen Wandel. Die Bevölkerung wird älter und ihre Zahl wird kleiner. Auf diese Veränderungen muss eine vorausschauende Stadtentwicklung reagieren. Zugleich gilt es, Ahaus attraktiv für seine Menschen zu machen – und für die, die vielleicht zu uns ziehen wollen. Zu einer positiven Stadtentwicklung gehört es auch, Menschen Mobilität zu sichern – und dies möglichst umweltfreundlich. Dazu brauchen wir eine intelligente, nachfragegerechte Verkehrspolitik.

### Wir wollen:

- ☒ **die zügige Umsetzung des Konzeptes für Kreisverkehre.** Die FDP Ahaus begrüßt den Umbau von Kreuzungen und Einmündungen zu Kreisverkehren. Bei zukünftigen Kreuzungsum- und -neubauten sollte daher geprüft werden, ob ein Kreisverkehr sinnvoll ist.
- ☒ **Tempo 30 sinnvoll einzusetzen.** Tempo-30-Gebote vor Schulen und Kindergärten sind wichtig, um die Verkehrsunfälle von Kindern zu vermindern - allerdings nur montags bis freitags tagsüber, wenn die Gebäude auch von Kindern genutzt werden. Daher fordert die FDP eine zeitliche Beschränkung des Tempo-30-Gebots. Damit wird die Akzeptanz unter Autofahrern für die Geschwindigkeitsbegrenzung erhöht.
- ☒ **den „Grünpfeil“ für Rechtsabbieger einzuführen.** Die FDP schlägt vor, geeignete, durch Ampeln geregelte Kreuzungen, mit dem Grünpfeil auszustatten. Die Anbringung eines Zusatzschildes an Ampeln führt dazu, dass der Verkehr flüssiger fließt, sich die Wartezeit an Ampeln verkürzt und die Lärm- und Abgasbelastung sinkt.
- ☒ **das Radwegenetz sicherer machen.** Die bestehenden Radwege, die insbesondere auf Fahrbahnen verlaufen, sollten durchgängig mit einer roten Beschichtung versehen werden. Auch müssen Radwege von parkenden Autos freigehalten werden.
- ☒ **mehr Lebensqualität durch die Verknüpfung urbaner und ländlicher Räume.** Mobilität ist von großer Bedeutung sowohl für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger als auch für die Leistungsfähigkeit von Unternehmen. Verkehrspolitik muss neben dem Mobilitätsbedürfnis der Bürger auch den Aspekt der Sicherheit und des schonenden Umgangs mit unseren natürlichen Ressourcen berücksichtigen. Daher setzt sich die FDP für ein Miteinander von motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrradfahrern und Fußgängern ein.

- ☒ **keine Umsiedlung der Musikschule aus der Bernsmannskampschule.** Während die Erweiterung der Aabachschule aufgrund der Schaffung einer offenen Ganztagschule absolut befürwortet wird, sehen wir beim Umbau der Bernsmannskampschule für die VHS und daraus resultierender gleichzeitiger Verlagerung der Musikschule in die jetzige Geschäftsstelle der VHS arge Probleme. Die entstehenden Kosten stehen in keiner Relation zum effektiven Nutzen. Unter Beibehaltung und Umbau der Bernsmannskamp- und jetzigen Musikschule würde ein hohes Einsparpotential an unnötigen Kosten entstehen. Die Musikschule sollte bleiben wo sie ist. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt ist die Nähe zur Innenstadt, woraus sicherlich Synergien abzuleiten sind. Die VHS gehört in die Innenstadt – aber an einen anderen Standort als den der Bernsmannskampschule. Als möglicher Standort wäre das Rathaus II (ehemaliges Finanzamtsgebäude) zu nennen. Ein Standort mit noch mehr Zentralität und dadurch auch Nutzen für die Kaufkraft in Ahaus ist nicht zu finden. Als B-Lösung könnte nur noch das Schloss erhalten.
- ☒ **eine sinnvolle Umgestaltung der innerstädtischen Freiflächen.** Weiterer Handlungsbedarf wird an den Lücken im städtischen Raum, die auch als Brachflächen bezeichnet werden müssen, dringend deutlich. Hierbei handelt es sich um die Flächen des ehemaligen Stadtwerkegeländes, des jetzigen Hallenbades, des alten Jutegeländes und in naher Zukunft auch um das nur noch kurzzeitig genutzte BOZ-Gelände, der ehemaligen Zündholzfabrik. Bei all diesen Flächen stagniert seit Jahren die Weiterentwicklung. Planungen und Vorschläge gab es zu Genüge, doch was ist letztendlich passiert? Nichts! Der Focus bei der Projektierung dieser Flächen muss die Anpassung auf die geänderten Anforderungen der Wohnbedingungen unserer Generation sein - Altengerechtes Wohnen, Angebote für Einzelpersonen, die so genannten Singlehaushalte, bezahlbare Wohnungen für junge Familien und Erwachsene, sowie besonders eine Ausrichtung der Gebäude nach energetischen Gesichtspunkten, um regenerative Energien optimal und sinnvoll einsetzen zu können.

### 3. Für bessere Schulen

Die FDP sieht in der Schaffung von optimalen Bildungsbedingungen eine der wichtigsten Aufgaben kommunaler Schulpolitik. Die Schulstandorte sind entsprechend der schulischen und örtlichen Gegebenheiten zu modernisieren. Der Zugang zur Bildung, unabhängig von der sozialen Herkunft, und eine individuelle Förderung zur Schaffung möglichst guter Startchancen für alle Schüler sind eine wichtige Aufgabe.

Die FDP will eine nachfragegerechte Schulentwicklungsplanung. Der Abschaffung von Gymnasien und der Vereinheitlichung hin zu nur einer Schulform, wie von anderen Parteien gefordert, tritt die Ahauser FDP entschieden entgegen.

Die Stadt muss den demographischen Wandel mit sinkenden Schülerzahlen und die verstärkte Wahl der Eltern zu Lasten der Hauptschulen stärker berücksichtigen. Alle Möglichkeiten zur Bildung von Kooperationen, die nach dem Schulgesetz in NRW bestehen, innerhalb von Schulformen, aber auch schulformübergreifend, sind zu nutzen, um möglichst weiter eine Wohnort nahe und vielfältige Schullandschaft anbieten zu können.

Der weitere Ausbau von Schulen der Sekundarstufe I zu Ganztagschulen und eine verstärkte Übermittagsbetreuung sind weitere wichtige Anliegen der FDP.

#### Wir wollen:

- eine zügige Renovierung der sanierungsbedürftigen Schulgebäude zur Verbesserung des Lernumfeldes.** Dies schließt auch die Renovierung der Sporthallen und Sportplätze ein. Dabei sind die Gebäude jeweils möglichst barrierefrei zu gestalten.
- die Durchsetzung von Ganztagesangeboten an allen Schulformen.** Sinnvoll ist die Beteiligung am Programm für Gymnasium/Realschulen zur bedarfsabhängigen Schaffung von Ganztagschulen und Über-Mittags-Betreuung, um so eine ausreichende Versorgung mit Ganztagschulen auch außerhalb von Gesamtschulen zu sichern.
- die Stärkung von Erziehungsmaßnahmen in den Schulen.** Die FDP fordert die weitere finanzielle Unterstützung von Programmen zur Gewaltprävention und zum verantwortungsvollen Umgang mit Medien.

## 4. Für eine wirtschaftlich starke Kommune

Eine hohe Lebensqualität in den Städten und Gemeinden kostet Geld. Gerade in einer Zeit, in der zahlreiche Städte und Gemeinden hoch verschuldet sind, bedarf es einer liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, um den Kommunen ihren Handlungsspielraum zurückzugeben. Die FDP sieht dabei in den kleineren und mittleren Unternehmen das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und Freiräume zur wirtschaftlichen Entwicklung. Den Kurs der FDP-Landtagsfraktion, mittelständische Unternehmen vor der zunehmenden Konkurrenz durch Unternehmen und Einrichtungen der öffentlichen Hand zu schützen, setzen wir auch vor Ort konsequent fort.

### Wir wollen:

- eine moderne, an neuen Marktpotenzialen orientierte kommunale Wirtschaftsförderung.** Dazu gehören auch eine aktivierende Bestandspflege und die Bereitstellung von Gewerbeflächen mit einer geeigneten Infrastruktur. Dabei will die FDP insbesondere Existenzgründer und Jungunternehmer unterstützen. Eine effizientere und serviceorientiertere Wirtschaftsförderung ist auch durch die Gründung von kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften möglich, die privatwirtschaftlich arbeiten und entsprechende kommunale Ämter ersetzen. Die FDP tritt dafür ein, dass Genehmigungsverfahren erheblich vereinfacht und beschleunigt werden. Aus liberaler Sicht sollten zukünftig sämtliche Landes- oder Kreisvorschriften an die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden, um hier die kommunale Eigenverantwortung zu stärken. Insgesamt sind die Auflagen der Bau- und Umweltsatzungen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und entsprechend zu reduzieren.
- das große Potenzial für den Tourismus offensiver nutzen** und damit mehr Besucher zu uns einladen.
- eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik.** In Zeiten knapper Kassen und teilweise verschuldeter Städte und Gemeinden setzt sich die FDP für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik ein, die auch die mittelfristigen und langfristigen Ziele der Stadt verfolgt. Die FDP tritt dafür ein, die Ausgaben immer wieder kritisch zu überprüfen und an dem Ziel des geplanten Schuldenabbaus trotz Weltwirtschaftskrise festzuhalten.

## 5. Für eine aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Libérale Sozialpolitik gibt den Menschen die Möglichkeit, sich selber zu helfen. Sie will Menschen in die Lage versetzen, eigenständig zu entscheiden und so ihre Würde zu bewahren.

Sozial ist nicht eine Politik, die Langzeitarbeitslose finanziell möglichst optimal versorgt, sondern eine Politik, die Langzeitarbeitslose wieder in das Erwerbsleben eingliedert. Wir wollen Langzeitarbeitslose fördern, aber auch fordern. Als bestes Mittel zur Prävention von Armut sieht die Ahauser FDP primär die Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine gute Wirtschaftspolitik, verbunden mit der Schaffung von Bildungs- und Weiterbildungschancen.

Die Sozial- und Gesellschaftspolitik der FDP setzt auf die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Das betrifft in besonderer Weise Menschen mit Behinderungen.

Bei den Mitteln, mehr Teilhabe zu erreichen, setzen wir zuerst auf die Projektförderung von privaten und ehrenamtlichen Initiativen, erst dann auf die Finanzierung von Aktivitäten mit eigenem städtischen Personal.

Jede Finanzierung mit öffentlichen Geldern muss sich an konkreten Zahlen messen lassen. So sind im Vorfeld des Projektes konkrete Ziele (möglichst basierend auf einer verlässlichen Ist-Zustandsanalyse) zu benennen, die nach Abschluss des Projektes erreicht werden müssen.

### Wir wollen:

- ☒ **die konsequente Durchsetzung des Prinzips „Fordern und Fördern“.** Es ist sicherzustellen, dass das Jobcenter ausreichend Personal hat, um die Arbeitsvermittlung durch eine wirksame soziale Betreuung und passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen zu ergänzen. Die Sanktionsmöglichkeiten bei Hartz IV sind vom Jobcenter bei mangelndem Bemühen um Arbeit auszuschöpfen. Um Sozialbetrug entgegenzuwirken, ist eine ausreichende Zahl an Kontrolleuren einzusetzen.
- ☒ **die Schaffung subventionierter Tätigkeiten außerhalb des ersten Arbeitsmarktes eng zu begrenzen.** Bei der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) sind das öffentliche Interesse und die mögliche Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt genau zu prüfen und eng auszulegen. Weitere kommunale Angebote in einem sog. sozialen Arbeitsmarkt sind nur für einen eng begrenzten Personenkreis sinnvoll, der besonderen Förderungsbedarf hat oder eine enge sozialarbeiterische Betreuung benötigt.

- ☒ **die rein kommunale Betreuung von Langzeitarbeitslosen.** Sollte der Bund im Zuge der Hartz-IV-Organisationsreform eine erneute Optionsmöglichkeit zur kommunalen Betreuung von Langzeitarbeitslosen schaffen, fordert die FDP die Nutzung dieser Möglichkeit durch die Stadt Ahaus. Das gäbe klarere Verantwortlichkeiten und mehr Flexibilität für die Jobcenter. Unabhängig von der Bundesagentur für Arbeit könnte man so besser auf regionale Besonderheiten eingehen.
  
- ☒ **eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben.** Eine Grundvoraussetzung dafür ist die konsequente Umsetzung von Barrierefreiheit auch in älteren städtischen Gebäuden. Aus dem Budget der Behindertenbeauftragten soll kommunales Personal schrittweise für die Belange behinderter Menschen sensibilisiert werden. Das behindertenpolitische Netzwerk soll bei der städtischen Entscheidungsfindung gestärkt werden.
  
- ☒ **die konsequente Nutzung persönlicher Budgets bei Menschen mit Behinderungen.** Menschen mit Behinderungen sollen stärker selbst entscheiden, welche sozialen Dienstleistungen bei welchem Anbieter für sie gut sind. Deshalb plädiert die FDP nachdrücklich dafür, wo immer möglich, das persönliche Budget als Weg der Leistungsanspruchnahme zu nutzen und zu propagieren.
  
- ☒ **Vorrang für Initiativen aus der Bürgerschaft.** Bei knappen Haushaltsmitteln muss städtische Sozialpolitik stärker auf Initiativen aus der Bürgerschaft setzen. Statt Gelder vorrangig bei den Sachmitteln von privaten Initiativen einzusparen, sollte die Stadt prüfen, Stellen in der Verwaltung abzubauen und deren Mittel teilweise auf private Strukturen mit Haupt- und Ehrenamt zu übertragen.

## 6. Für eine moderne Gesellschaftspolitik für alle Generationen

Liberale stehen für selbst gewählte und selbst bestimmte Lebensmodelle. Wir fördern Toleranz. Jeder soll nach seinen Vorstellungen sein privates Glück finden. Gleichzeitig wollen wir eine Gesellschaft, die zusammen hält - eine Gesellschaft, in der Generationen miteinander leben und in der sowohl Kinder und Jugendliche als auch alte Menschen die Unterstützung erfahren, die sie brauchen.

Kinder sind unsere Zukunft. Ihre Betreuung und Erziehung ist zuerst Aufgabe der Eltern. Die Gesellschaft soll sie dabei unterstützen, insbesondere im Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

So verschieden die heutigen Familienmodelle und Lebenssituationen sind, so verschieden sind auch die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen. Dementsprechend benötigen wir ein Netzwerk aus Einrichtungen rund um Kind und Familie, das jedes Kind und jede Familie erreicht und genau dort unterstützt, wo es notwendig und wünschenswert ist. Gleiches gilt für die Seniorenarbeit. Auch sie muss die zunehmende Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen stärker berücksichtigen.

### Wir wollen:

- eine möglichst optimale Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung.** Die Möglichkeiten und Chancen des neuen Kinderbildungsgesetzes sind weiter zügig umzusetzen. Hierzu gehören die Ausweitung des Angebotes der Betreuung der Unterdreijährigen, die frühe Bildung und Förderung sowie die erhöhte Flexibilität für die Eltern bei der Nutzung der Angebote. Der Zugang zu Kindertageseinrichtungen muss für alle Eltern finanziell tragbar und unabhängig von ihrer Konfession möglich sein. Öffnungszeiten müssen unterschiedliche berufliche Situationen der Eltern berücksichtigen. Bei der Ermittlung des wohnortnahen Bedarfs und der Entwicklung von Zielen und Maßnahmen ist zum einen eine gute Datengrundlage, zum anderen die Einbindung von relevanten Akteuren (Eltern, Erzieherinnen, Kinderärzte, Hebammen) notwendig. Für die regelmäßige Fortbildung von Erzieherinnen ist Sorge zu tragen.
- private und öffentliche Kinderbetreuung gleich behandeln.** Auch hier gilt: „Privat vor Staat!“. Träger nicht-öffentlicher Kindertageseinrichtungen wie Elterninitiativen müssen dieselben kommunalen Rahmenbedingungen vorfinden wie städtische Kindertageseinrichtungen. Dies betrifft vor allen die Finanzierung solcher Einrichtungen wie beispielsweise die Mietzuschüsse der Stadt.
- eine stärkere Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Ahaus.** Hierzu muss die Position des Büros für Kinderinteressen gestärkt werden und seine Arbeit öffentlicher gemacht werden. Außerdem spricht sich die FDP für die Schaffung von Bezirksjugendräten mit Rede- und Antragsrecht in den Bezirksvertretungen aus, um das Engagement für das persönliche Lebensumfeld frühzeitig zu fördern. Insbesondere die projektbezogene Kinder- und Jugendbeteiligung (etwa Anhörungen zu Spielplätzen) ist zu fördern.

- ☒ **die Sicherung der Jugendhilfe.** Bei den Mitteln des Jugendamtes darf nicht gekürzt werden. Nur mit einem angemessenen Etat sind Jugendhilfe und Prävention von Kindesvernachlässigung durchzuführen. Offene Stellen im Jugendamt sind zügig zu besetzen, um die Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Nur so kann auf Hilferufe und Hinweise hinsichtlich Kindesvernachlässigung zeitnah reagiert werden.
- ☒ **das Jugendschutzgesetz in Ahaus besser durchsetzen.** Wir brauchen mehr aufsuchende Suchtaufklärung an Schulen, Jugendtreffpunkten und Veranstaltungen. Die Suchtprävention – gerade im Blick auf Alkohol - muss durch stärkere Kontrollen an Kiosken, Supermärkten und Diskotheken begleitet werden. Das Rauchverbot an Schulen ist konsequenter durchzusetzen.
- ☒ **den Erhalt der bestehenden Jugendfreizeitstätten.** Wir fordern eine bedarfsgerechte geografische Verteilung der Jugendfreizeitstätten. Neben dem Nutzen für die Jugendlichen sind Ausgaben in diesem Bereich auch haushaltspolitisch sinnvoll, denn sie vermeiden hohe gesellschaftliche Kosten in der Zukunft.
- ☒ **Migrantinnen und Migranten in der Seniorenpolitik ernster nehmen.** Die erste Generation von Einwanderern hat das Rentenalter erreicht. Die Seniorenpolitik hat sich darauf bisher in keiner Weise eingestellt. Das führt zu Isolation, Rückzug in die eigene „Community“ und Verlust bereits erworbener Sprachkenntnisse. Besonders schwierig wird die kulturelle Situation, wenn der Umzug in ein Alten- oder Pflegeheim erforderlich wird. Die FDP fordert daher die Stadt Ahaus auf, eine nachfragegerechte Neuorientierung vorzunehmen und für alle Minderheiten – darunter auch die Migranten – entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil auf ein angepasstes Angebot von Altenarbeit und Altenhilfe hinzuwirken.
- ☒ **die Förderung von Toleranz in unserer Stadt.** Ehrenamtliche Projekte, die auf den Abbau von Diskriminierungen abzielen, sind zu unterstützen und auch von den Schulen besser anzunehmen. Das betrifft z.B. Projekte für Begegnung mit Migranten und Menschen mit Behinderungen.
- ☒ **eine weitergehende Förderung LOGO (Jugend- und Kulturcafe).** Denn gerade an diesem positiven Beispiel der Jugendförderung zeigt sich, wie sinnvoll und zukunftsorientiert eine Unterstützung sein kann.

## 7. Für eine lebendige „Sportstadt“

Die FDP setzt sich für den Leistungssport und den Breitensport in Ahaus ein. Denn sportliche Betätigung fördert nicht nur Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger, sondern unterstützt auch die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft. In diesem Sinn leisten die vielen Vereine in Ahaus eine unschätzbare Arbeit für die Ahauser Bevölkerung. Die Ahauser FDP will diese Vereinsstrukturen weiter stärken und setzt sich für den Erhalt und Ausbau der Sportstätten sowie ihre barrierefreie Gestaltung aus. Dabei setzt die FDP auf die starke Eigeninitiative der Vereine in Zusammenarbeit mit privaten Investoren und der Kommune.

### Wir wollen:

- eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und örtlichen Sportvereinen** zur Ausweitung des schulischen Angebots für Ganztagsbetreuung oder als zusätzliches Angebot in Form von AGs für die Schüler. Die FDP begrüßt in diesem Zusammenhang ebenfalls schulische Angebote in Zusammenarbeit mit Fitnessstudios, um sportliche Betätigung attraktiver zu machen.
- den Sport zur Sucht- und Gewaltprävention nutzen**, denn Sport kann individuelle Ziele setzen, Aggressionen abbauen und sozial integrieren. Aus Erfahrungen vergangener Jahre halten wir es dabei für zwingend, sozial auffällige Jugendliche in Gruppen „unproblematischer“ Jugendlicher zu integrieren. Projekte nur für gewaltbereite Jugendliche haben sich als eher Gewalt verstärkend erwiesen. Miteinander und Verständnis unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen fördert das gemeinsame Verständnis und eine gemeinsame Identität in unserer Stadt und für unsere Stadt.
- spezielle Sportangebote für Ältere**, auch gerade für Hochbetagte, zur Förderung der Gesundheit, Fitness und Prävention. Sport bietet eine wichtige Abwechslung zum Alltag, schafft Perspektivwechsel und bereitet Freude. Somit gehört ein attraktives Sportangebot zu den Grundlagen einer lebendigen Stadt.
- verstärkte Sportangebote im Nachmittagsbereich der Schulen**. Dies sehen wir als wichtige integrationspolitische Maßnahme an. Der Sport fördert das wechselseitige Miteinander der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen.

## 8. Für eine engagierte und effiziente Umwelt- und Energiepolitik

Eine lebenswerte Stadt erfordert eine gute Umweltqualität. Lärmschutz, Luftreinhaltung und der Erhalt der naturnahen Gebiete unserer Stadt sind zentrale Ziele liberaler Politik. Dabei setzen wir nicht auf Symbol-Maßnahmen. Vielmehr achten wir darauf, dass die eingesetzten Mittel die Ziele auch erreichen – und zwar zu möglichst geringen Kosten und mit möglichst wenig Bürokratie.

Der Klimawandel, die hohen Energiepreise und die Abhängigkeit unserer Energieversorgung von ausländischen Lieferanten machen auch ein Umsteuern in der Kommune erforderlich. Die FDP will eine umweltgerechte und sichere Energieversorgung, die zugleich bezahlbar bleibt. Die wesentlichen Rahmenbedingungen hierfür setzt der Bund. Doch auch die Kommune kann mithelfen – durch Energieeffizienz in Stadtverwaltung und städtischem Konzern, den Einsatz erneuerbarer Energien, eine vorbildliche Beschaffungspolitik und rationale Rahmenbedingungen für Investitionen.

### Wir wollen:

- die Vorbildfunktion der Stadtverwaltung und der städtischen Unternehmen bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.** Die energetische Gebäudesanierung der städtischen Liegenschaften muss eine hohe Priorität im Haushalt erhalten. Für neu zu beschaffende Heizungsanlagen ist eine zumindest teilweise regenerative Wärmeerzeugung anzustreben.
- den Verzicht auf Sozialtarife für Strom und Gas.** Sozialtarife sind nicht geeignet, den steigenden Energiekosten zu begegnen. Sie erhöhen die Kosten für nicht-privilegierte Bürger und schwächen kommunale Versorger im Wettbewerb. Den steigenden Energiekosten kann wirksam nur auf Bundesebene begegnet werden, z.B. durch Senkungen der Stromsteuer, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie, eine kosteneffiziente Klimapolitik und bessere Rahmenbedingungen für Energiesparmaßnahmen.
- die Verringerung des Flächenverbrauchs für Siedlungs- und Verkehrsflächen.** Vorrang sowohl für Wohnbebauung als auch für Gewerbegebiete muss die innerstädtische Verdichtung sowie das Flächenrecycling von Industriebrachen sein (**Aa-Campus**). Dabei ist insbesondere auf eine energetisch günstige und sinnvolle Ausrichtung der Gebäude zu achten.
- keine weiteren unnötigen Transporte** ins Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) und fordern eine Intensivierung der Untersuchungen nach Endlagerungsmöglichkeiten für Atommüll.

## 9. Für Sicherheit und Bürgerrechte

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt brauchen einen wirksamen Schutz vor Kriminalität. Dies ist Grundvoraussetzung zur Entfaltung der persönlichen Freiheit. Es darf in unserer Stadt keine „Angst-Räume“ geben. Diese müssen in Orte umgewandelt werden, die von allen als sicher empfunden werden. Gleichzeitig dürfen individuelle Freiräume nicht durch übermächtige Überwachungsmaßnahmen unangemessen eingeschränkt werden.

Die Vision einer liberalen Bürgergesellschaft lässt sich nur verwirklichen, wenn die Kräfte von Polizei, Justiz, Schule, Stadtverwaltung und der Wohlfahrtspflege gebündelt werden und *gemeinsam* das Ziel verfolgen, Freiheit und Sicherheit in der Stadt umzusetzen. Hierbei darf die Freiheit nicht auf dem Altar einer vermeintlichen Sicherheit geopfert werden. Gewaltkriminalität spielt hier eine große Rolle, ist sie doch vor allem verantwortlich für die subjektiven Bedrohtheitsgefühle der Bevölkerung. Ein besonderes Augenmerk muss daher auch auf junge Straftäter gelegt werden, die einen überproportionalen Anteil an Gewaltdelikten haben. Hierbei soll aber nicht nur mit Repression, sondern gerade auch mit Prävention das Problem angegangen werden.

Die Ahauser „Ordnungspartnerschaften“ zwischen Stadt und Polizei greifen zu kurz, da sie nur wenige Formen der Kriminalitäts-Prävention umfassen. Und die Justiz kümmert sich aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages vor allem um die Täterverfolgung und zu wenig um die Opferinteressen und Vorbeugung.

### Wir wollen:

- ein „Sicherheits-Netzwerk“ für das Stadtgebiet.** Das Netzwerk soll aus den sicherheitsrelevanten Einrichtungen der Stadt (Ordnungsamt, Schul- und Jugendamt, Verkehrsbetriebe), der Polizei und den Wohlfahrtsverbänden gebildet werden. Dieser ständige Gesprächskreis vereinbart gemeinsame, nachprüfbarere Ziele für Prävention und Repression auf Grundlage von Bürgerbefragungen und kriminologischen Regionalanalysen und setzt - über seine Mitglieder und deren Weisungskompetenzen - geeignete Maßnahmen durch. Die Zielerreichung ist an nachweisbaren Indikatoren, beispielsweise an der Senkung der Kriminalitäts- und an den Verkehrsoffer-Zahlen oder der Rückfallquote von Mehrfachtätern, zu messen.
- eine gezielte Stadtplanung.** Auch Stadtplanung kann aus Sicht der FDP zur Kriminalitätsprävention beitragen und Angsträume wie etwa Unterführungen und „dunkle Ecken“ umgestalten.
- eine optimale Versorgung der Hilfsdienste in Ahaus.** Die Funktionsfähigkeit und Effizienz der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren und die Hilfsdienste des Katastrophenschutzes haben eine hohe Bedeutung für die Sicherheit vor Ort. Hier darf aus Sicht der FDP nicht gespart, sondern muss Wert auf eine optimale Versorgung gelegt werden.

## 10. Für Ahaus als „Kulturstadt“

Kommunale Kulturpolitik ist verantwortlich für eine vielfältige Entfaltung von Kulturangeboten. Dabei leistet die Kommune aus dem eigenen Haushalt eine finanziell überschaubare Grundversorgung, um die Existenz freier und öffentlicher Kultureinrichtungen zu sichern. Darüber hinaus setzt sie Impulse und geeignete Rahmenbedingungen für die Verwirklichung zusätzlicher Angebote privater Initiativen.

### Wir wollen:

- ☒ **das Interesse und die Begeisterung für unsere kommunale und regionale Kulturlandschaft** binden und fördern.
- ☒ **ein attraktives Ahaus mit einem qualitativ anspruchsvollen kulturellen Angebot.** Dabei ist die interkulturelle und vielfältige Kulturszene ein besonderes Qualitätsmerkmal.
- ☒ **ein professionell tätiges Kulturmanagement.** Stadtplaner, Kulturschaffende und Wirtschaft sollen hier zusammenwirken und die Kultur- und Kreativwirtschaft als Standortfaktor für Ahaus begreifen.
- ☒ **die Einrichtung eines „Forums IT und Kulturwirtschaft“.** Sowohl die IT-Branche als auch die privat organisierte Kulturwirtschaft sind Wirtschaftszweige, bei denen auch weiterhin ein großes Wachstumspotenzial zu erwarten ist. Beide Zweige können von einem intensiven Dialog auch wirtschaftlich profitieren. Deshalb spricht sich die FDP Ahaus in Ergänzung der bestehenden Angebote der Wirtschaftsförderung für ein Forum aus, auf dem sich Teilnehmer und Interessenten der beiden Branchen austauschen und neue Projekte entwickeln können.
- ☒ **besonders die Jugend an Kultur interessieren.** Daher würden wir eine Initiative zur Zusammenarbeit zwischen Kultur und Schule begrüßen und wünschen uns, dass der Besuch eines Museums für Schüler nicht länger die „Androhung einer Strafmaßnahme“ sein darf.
- ☒ **eine Stärkung ehrenamtlicher Initiativen.** Ehrenamtliche Kulturinitiativen sind zu stärken, dies bedeutet in erster Linie nicht eine finanzielle Förderung, sondern auch praktische Unterstützung in allen Bereichen. Das könnte z.B. die Bereitstellung von Proberäumen für Musikgruppen sein.
- ☒ **keine kulturellen Abenteuer der Stadt Ahaus.** Nur eine langfristige Finanzierung und eine dem Haushalt angepasste Finanzierung kann der Kultur in unserer Stadt Planungssicherheit geben.